

RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Ausgabe

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

352

Wien, am 23. Dezember 1932.

Budgetberatung 1933

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 23. Dezember 1932.

Vorstzender Weigl eröffnet die Sitzung um 16 Uhr.

Es wird in die Tagesordnung eingegangen, das ist die Fortsetzung der Debatte über die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für 1933.

GR. Uebelhör (chr.) bemerkt, es müsse bei Beratung der Wirtschaftspläne immer wieder betont werden, dass die grossen städtischen Unternehmungen Schöpfungen des grossen Volksbürgermeisters Dr. Lueger und damit der christlichsozialen Partei sind, weil sich die Mehrheit hier oft mit fremden Federn schmücke. Der Redner befasst sich sodann eingehend mit der städtischen Strassenbahn und bemerkt, es sei wohl unbestritten, dass heute in Wien ein Verkehrsskandal bestehe. Auf den verkehrsreichsten Strecken sind unerhört lange Intervalle. Bei vielen Haltestellen warten 50, 60 ja 100 Menschen. Es ist heute fast unmöglich, unter Benützung der Strassenbahn Geschäfts ab zuwickeln. Man wird solange bei der Strassenbahn nichts tun, bis wieder ein Unglück geschieht. Durch Verlängerung der Intervalle zu sparen, ist ganz falsch, weil hiebei ein Teil der Einnahmen verlorenght. Es ist auch der Uebelstand noch immer nicht beseitigt, dass die Schaffner vor der Endstation über die Köpfe des Publikums hinweg die Tafeln auswechseln. Unmöglich ist auch das Abfahrtssignal bei den Autobussen, das darin besteht, dass der Schaffner im Inneren des Autobus sein "Fertig" brüllt. Der Redner stellt sodann den Antrag, dass den Abnehmern von Gas und Strom die seinerzeit geleisteten Vorauszahlungen durch kostenlose Lieferung der entsprechenden Menge von Gas und Strom mit entsprechender Verzinsung rückvergütet wird und für den Fall der Ablehnung dieses Antrages den Eventualantrag, dass diese Rückzahlung wenigstens an diese Abnehmer erfolgen möge, die arbeitslos sind. Schliesslich verlangt der Redner genaue Aufklärung über die Pensionskasse und Krankenkasse der städtischen Strassenbahnen und fordert, dass man sich endlich mit der Einführung des Zonentarifs beschäftigen möge. (Lebh. Beifall b. d. Chr.)

GR. Pichler (nat.) beschwert sich darüber, dass Wizebgm-Emmerling eine Reihe der von ihm anlässlich der Verhandlung der Bilanzen der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1931 gestellten Anfragen nicht geantwortet habe. Dies gilt insbesondere von den Fragen, bei welchen Banken die städtischen Unternehmungen Guthaben besitzen, was mit dem Kassenvorstand im E Werk ist, der plötzlich seines Dienstes enthoben wurde, warum die Länderbank noch immer den Gaskoksverkauf in der Hand hat. Entweder sollte die Gemeinde selbst den Gaskoksverkauf übernehmen oder ihn arischen Kleinkohlenhändlern übergeben. Auf jeden Fall müsste es vermieden werden, dass eine jüdische Grossbank hier ansehnliche Geschäfte macht. Der Redner beschäftigt sich sodann mit der Grundgebühr für elektrischen Strom und bezeichnet diese Gebühr als eine unsoziale Massensteuer, da hiedurch die wenig Begüterten stark getroffen werden, die grossen Stromverbraucher aber gut abschneiden, da bei diesen die Grundgebühr im Verhältnis zum Stromverbrauch ausserordentlich gering ist. Er führt hiefür einige Beispiele an. Sodann wendet er sich dagegen, dass sowohl im Wirtschaftsplan des Gaswerkes wie der E. Werke auf der Lastenseite Millionenbeträge für allgemeine Unkosten eingesetzt sind, das sind Pauschalposten, die offenbar Verschleierungszwecken dienen. Er verlangt weiters Aufklärung, warum im Wirtschaftsplan des Gaswerkes bei den Beiträgen zu den Rücklagen für die Körperschaftsteuer, Verzinsung und Tilgung der Vorkriegsschulden, bei der Post Erneuerung und

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

zweifelhafte Buchforderungen gar nichts ausgewiesen ist. Die bei den E. Werken bestehende Personalkommission sollte sich weniger um die Herabsetzung der Personallasten und der Nebengebühren als darum kümmern, warum es bei den E. Werken noch immer 5 Personenautos gibt. Insbesondere der Wagen des Vizedirektors Jonas kommt dem E. Werk sehr teuer zu stehen. Wenn man eine Villa in Baden und eine Wohnung in Währing hat und noch dazu die Gattin besondere Vorliebe für Privatfahrten hat, ist es begreiflich, dass die Kosten dieses Autos sogar dem ehemaligen Finanzreferenten zu hoch waren. Man möge sich auch endlich um die Pensionierung derjenigen Angestellten kümmern, die längst schon pensionsrei sind. In der Dienstordnung ist zwar als eine Voraussetzung für die Aufnahme die Zugehörigkeit zur Deutschnationalität aufgenommen. Wie wenig man sich daran hält, beweist dann die Anzahl der jüdischen Namen, die es unter den Angestellten des E. Werkes gibt. Seinerzeit hat der Bürgermeister auf eine Anfrage von uns erklärt, man müsse sich erst ins Klare darüber kommen, was unter deutscher Nationalität zu verstehen sei. Da diese Voraussetzung in die Dienstordnung aufgenommen wurde, müsste man sich darüber schon im Klaren sein.

STR. Dr. Breitner hat bei der Behandlung eines von ^{uns} gestellten Dringlichkeitsantrages auf Ermässigung des Gas- und Strompreises für Arbeitslose und Ausgesteuerte eine Neuregelung für die nächste Zeit in Aussicht gestellt. Da sie bis heute nicht erfolgt ist, stelle ich den Antrag: Der Gas- und Strompreis wird in der Zeit vom 1. Dezember 1932 bis einschliesslich 30. April 1933 für Ausgesteuerte Arbeitslose um 50, für im Bezuge der Unterstützung stehende Arbeitslose um 25 v.H. ermässigt. Da die Sozialdemokraten im Bundesrat Mann für Mann mit den Christlichsozialen für die Verdopplung der Warenumsatzsteuer gestimmt und dadurch die Gas- und Strompreise erhöht haben, ist es ihre Pflicht, für diesen Antrag zu stimmen. Dem Vernehmen nach ist beabsichtigt, im Jahre 1933 für Erhaltungsarbeiten beim Gaswerk ungefähr 2.000.000 Schilling zu verausgaben. Wir verlangen, dass bei diesen Arbeiten alle hiefür in Betracht kommenden Firmen berücksichtigt werden, nicht nur die Firma Grundstein. Der Redner bemängelt, dass die allgemeine Dienstordnung auf beiläufig 95 Prozent der Arbeiter der städt. Unternehmungen keine Anwendung findet. Diese Arbeiter stehen unter Kollektivvertrag man will sie dadurch offenbar zwingen, der roten Organisation anzugehören. Er beantragt daher: Die Arbeiter der städt. Unternehmungen, deren Dienstverhältnis derzeit durch Kollektivverträge geregelt wird, sind in die allgemeine Dienstordnung für die Angestellten der Gemeinde Wien einzugliedern.

Was die Ankündigungsunternehmung Gewista betrifft, zu der die Wipag gehört, geht es natürlich nicht an, dass Plakate, die dieser Ankündigungsunternehmung oder ihrem Geldgeber nicht genehm sind, einfach abgelehnt werden. Die Nationalsozialistische Partei muss bei der Behandlung ihrer Plakate volle Objektivität verlangen. Abschliessend stellt der Redner fest, dass die in Verhandlung stehenden Wirtschaftspläne auf das Sinken der Kaufkraft der Bevölkerung keine Rücksicht nehmen. Der Bevölkerung wird es nicht möglich sein, für die Kosten dieser Wirtschaftspläne im kommenden Jahre aufzukommen, weshalb seine Partei gegen sie stimmen wird. (Beifall bei den Nat. soz.)

GR. Perschl (christl. soz.) bemerkt, die Strassenbahn müsste, wenn sie kaufmännisch geführt wird, aktiv sein. Da sie mit einem bedeutenden Gebarungsabgang abschliesst, kann die Ursache nur in der Betriebsführung und Verwaltung liegen. Die Instandhaltungs- und Verwaltungskosten

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

von 54 Millionen Schilling sind sehr hoch. Im Jahre 1931 wurden nur 9 veraltete Triebwagen von 1700 und nur 44 veraltete Beiwagen von 2093 ausgeschieden. Das sind ein 1/2 bzw. 2 Prozent. Man nenne mir ein Unternehmen in ganz Wien, das einen so kleinen Abgang hat. Im Jahre 1913 hat die Strassenbahn noch 5.67 Millionen Kronen Reingewinn gebracht, im Jahre 1914, in dem schon der Krieg begann, noch 4.6 Millionen. Heute betragen die Personalausgaben über 70 Prozent, 1913 betrug sie 47 Prozent. Für eine bessere Betriebsführung hat man wenig übrig. Fast jeder Taxameter in Wien hat heute einen elektrischen Wischer an der Scheibe, die Strassenbahn hat ihn noch immer nicht. Trotz Aufhebung der Ueberfüllungsverbotens sind noch immer die engen Wagen im Betrieb, die eine der hauptsächlichsten Ursachen des Ansturmes auf die Triebwagen sind. Am meisten belastet die Strassenbahn die gross angelegte Betriebswerkstätte in der Siebeneichengasse. Lange Zeit waren dort 1300 Arbeiter beschäftigt. Für die 3800 Wagen, über die die Strassenbahn verfügt, waren 200 Tischler und Holzarbeiter, 500 Schlosser und Metallarbeiter, 50 Schmiede, 50 Lackierer, 50 Sattler, 100 Elektriker, 250 Hilfsarbeiter und 100 Mann Verschubpersonal angestellt. Der Betrieb wäre viel rationeller, wenn diese Arbeiten wieder an Privatfirmen vergeben würden. Es ist nicht Aufgabe der Gemeinde, Grossfabrikant zu sein und alles in eigener Regie zu erzeugen.

Eine weitere Ursache des Defizites ist die Konkurrenzierung durch die städt. Autobusse. Die Autobusse von Fross-Büssing sind gut, aber die Type ist zu gross. Die Strassen der Inneren Stadt sind hiezu nicht geeignet, der Verkehr wird überaus behindert. Bei einer Verkehrsanquete hat Nationalrat Forstner, der der Berater der Gemeinde in diesen Fragen ist, die Autobusse als Zimmer, Kabinett und Kuchel auf Radeln bezeichnet. (Heiterkeit). Die Magistratsabteilung nötigt die Besitzer von Lastkraftwagen, die das gesetzliche Mass überschreiten, zu einem Umbau. Eine solche Umänderung kostet 6000 bis 7000 Schilling und der Redner bittet daher, den Schwerfuhrwerkern in dieser Frage entgegenzukommen. Die gleiche Bitte bringt er bezüglich der Lohnfuhrwerker vor, denen nach der neuen Betriebsordnung vorgeschrieben wird, nur Taxameter in Verkehr zu bringen, die in einem Radius von zehn Metern wenden können. Die Steyr-Type XII A wurde nicht mehr zugelassen, weil der Radstand 3.15 Meter und nicht 3 Meter betrug. Die Steyr-Werke mussten ^{deshalb} ihren ganzen Betrieb umstellen. Der Redner bittet, den Lohnfuhrwerkern, die heute ohnehin schwer zu kämpfen haben, nicht derartige Schwierigkeiten zu machen. (Beifall bei den Christl. soz.)

GR. Dr. Riehl (nat-) bemerkt, dass Verkehrsproblem in Wien sei in mehrfacher Hinsicht an einem kritischen Wendepunkt angelangt. Allerdings, wie es der Vorredner getan hat, zu verlangen, dass man neben Strassenbahnlinien nicht auch Autobuslinien fahren lassen soll, ist bei der unglückseligen Gestaltung der Inneren Stadt nicht möglich. Die Innere Stadt leidet darunter, dass die Radialstrassen fast nirgends in das Innere hineinreichen. Man hat es seinerzeit bedauerlicherweise unterlassen, Radialeinbrüche für die Strassenbahn zu schaffen, heute fehlt es an den Mitteln dazu. Vielleicht stellen unsere Autobusse angesichts der engen Strassen der Inneren Stadt einen zu grossen Typus dar. Andererseits sind aber die Autobusse so überfüllt, dass noch viel mehr Wagen notwendig wären, wenn die Autobusse nicht einen solchen Fassungsraum hätten. Man muss die Kraftwagenlenker der städtischen Ungetüme aber auch die Taxilenker bewundern, dass sich der Verkehr eigentlich ohne grössere Unfälle abspielt. An eine Auflassung des Autobusverkehrs ist heute natürlich nicht zu denken, ebensowenig an eine Auflassung der Strassenbahn. Allerdings wird ein langsamer Uebergang zum Omnibusbetrieb nicht zu vermeiden sein. Es ist sicher ein schwerer Mangel, dass Oesterreich

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am

und Wien im Gegensatz zu den grossen Kulturländern das Linksfahren beibehalten hat. Schon im Interesse des Fremdenverkehrs wird sich zu einer Vereinheitlichung da entschliessen müssen, eine Vereinheitlichung, die bisher lediglich an den Widerstand der Wiener Verwaltung gescheitert ist. Wenn die Strassenbahn eine Berechtigung hat, dann insbesondere in den äusseren Bezirken und vor allem zur Herstellung der Verbindung mit den Siedlungsgebieten ausserhalb des Weichbildes der Stadt. Die Strassenbahnen haben unter der Aere der herrschenden Partei eine Ausgestaltung über das Weichbild der Stadt hinaus mit Ausnahme der einzigen Linie nach Mödling unterlassen. Der Redner führt sodann Klage über die miserablen Verkehrsverhältnisse und über den ausserordentlich mageren Verkehr auf gewissen Strassenbahnlinien. Auch vom kaufmännischen Standpunkt ist es verfehlt, die Wagen so selten fahren zu lassen, dass sich die Leute eher entschliessen, zu Fuss zu gehen. Bezüglich des Kurztarifs zeigen die leitenden Faktoren der Strassenbahn eine merkwürdige Dickschädlichkeit. Durch Einführung eines Zehngroschentarifs für Kurzstrecken würde man den Verkehr sicher beleben.

Der Redner bespricht sodann die Personalpolitik bei den Strassenbahnen und führt lebhafte Klage über die Benachteiligung der nicht nach der roten Pfeife tanzenden Bediensteten. Er stellt den Antrag, der Bürgermeister sei aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, dass die Bestimmungen der Wahlordnung bei der Personalvertretungswahl der Strassenbahner auf das Genaueste eingehalten werden und dass die nicht sozialdemokratischen Strassenbahner wegen ihrer politischen Einstellung nicht dem Terror sozialdemokratischer Vorgesetzter und Vertrauensmänner ausgesetzt werden. Dabei handelt es sich, wie die Strassenbahner übereinstimmend erklären, nicht um die Direktion und in den meisten Fällen nicht um höhere Dienststellen, dort hoffen im Gegenteil die Leute etwas Gerechtigkeit zu finden, sondern um die liebliche Institution der Vertrauensmänner, die in Wirklichkeit nicht Vertrauensmänner des Personals, sondern Schergen des Dienstgebers und der sozialdemokratischen Partei sind. Er beantragt ferner, dass sämtliche seit dem Jahre 1930 erfolgten Versetzungen von Strassenbahnbediensteten zu überprüfen, um diese, wenn sich herausstellt, dass sie aus anderen als rein dienstlichen Gründen und ohne Rücksicht auf den Wohnort des betreffenden Bediensteten erfolgt sind, unverzüglich rückgängig zu machen sind. Besonders aufreizend ist es, dass man jeden Strassenbahner förmlich zwingt, durch die hohle Gasse zu gehen, wenn er einen Stimmzettel abgeben muss. Und die allerärmste Schande ist es, dass man die Strassenbahner durch die so demokratisch aussehende Institution des Disziplinarverfahrens zwingen will, der Mehrheit willig zu sein. Dieses Disziplinarverfahren ist die reine Tscheka. Die Leute würden sich viel lieber von ihren Chefsingenieuren kommandieren lassen als von diesen ausgefressenen Menschen, die in Wirklichkeit nur Schergen des Dienstgebers sind. Die ganze Institution der Personalvertretung, die beim Staat und anderwärts dem Schutz des Personals dient, hat sich bei der Gemeinde ins Gegenteil verkehrt. Da ist zum Beispiel ein Bahnwärter, ein Mann mit 16 Dienstjahren, der 5 Kinder hat zur Strafe der Dienstentlassung verurteilt worden, weil er aussordionstlich jedoch im Dienstkleid in betrunkenem Zustand auf der Bahnstelle erschien (Hörthört b. d. Nat.) Das wäre nicht einmal bei der Sicherheitswache, bei der besonderer Wert darauf gelegt wird, dass die Ehre und das Ansehen des Standes gewahrt wird, nicht einmal bei der Wehrmacht möglich und das wäre nicht einmal bei den Offizieren der alten Monarchie möglich gewesen. Oder da ist ein anderer

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

Mann nach der bekannten Rede Starhemberts über das Rollen der Köpfe deshalb verurteilt worden, weil er gesagt haben soll, dem Breitner geschieht schon ganz recht, er ist an der Arbeitslosigkeit schuld. In der Monarchie hat man sich gegen ein gekröntes Haupt oder einen Erzherzog ganz andere Dinge erlauben dürfen, wenn jetzt der letzte Bedienstete ein Wort über einen amtsführenden Stadtrat sagt, wird er disziplinar entlassen.

Während alle anderen Staaten ihre Kriegsteilnehmer ehren und ihnen allemöglichen Begünstigungen erteilen, geht die Gemeinde Wien gerade gegen diese Leute, auch wenn es sich um Verwundete handelt, mit einer kleinlichen Gehässigkeit vor. Da wird z. B. 70prozentigen Invaliden die Fahrbegünstigung auf der Strassenbahn verweigert. Der Redner beantragt, dass alle Kriegsbeschädigten des Weltkrieges, die eine 50prozentige Fahrpreisbegünstigung auf den Bundesbahnen geniessen, bei Vorweisung eines rechtsgültigen Ausweises der Invalidenentschädigungskommission auch auf der städtischen Strassenbahn eine 50prozentige Fahrpreisermässigung erhalten soll.

Das städt. Brauhaus gibt zu Klagen keinen Anlass. Von der Leichenbestattung können wir nur immer wieder sagen, dass die halb gewerkschaftliche, halb parteipolitisch-freidenkerische Einstellung unsympathisch ist. Ein besonderes Kapitel ist die Aufnahme in die städt. Betriebe. Es wird den Aufnahmswerbern von den Vertrauensmännern nahegelegt, aus der Kirche auszutreten, und man behauptet, dass die Aufnahmswerber die Austrittserklärung dem Gesuchen beilegen. Charakteristisch ist, dass solche Austrittserklärungen von Juden nicht verlangt werden; bei diesen nimmt man es als selbstverständlich an, dass sie rot wählen. Die Mischung von gemeiner Streberei und von Nichteingestandenem aber vorhandenem Druck gibt ein moralisches Bild, das dem verlodertem Betrieb der städt. Strassenbahnen entspricht. Tausende von Angestellten warten, dass die verschiedenen Gessler einmal verschwinden, damit die Angestellten wieder Menschen sein können. Wenn wir einmal in diesem Staat zu reden haben werden (Lachen bei den Sozialdemokraten), was vielleicht schneller der Fall sein wird als den Juden lieb sein wird, werden wir das stille Geldentum der städt. Bediensteten zu belohnen wissen, die sich in dieser schweren Zeit getraut haben, an unseren Kundgebungen öffentlich teilzunehmen. Ueber die Vertrauensmänner, die sich zu gelben Unternehmerkünften hergeben, werden wir aber ein strenges Gericht halten. (Lebhafter Beifall bei den Nat. soz.)

Vizebürgermeister Emmerling meint, die Voranschläge und Wirtschaftspläne müssten gut sein, weil der überwiegende Teil der Oppositionellen Ausführungen Dingen gewidmet war, die mit den Wirtschaftsplänen nicht zu tun haben. Wir bestreiten nicht, dass Lueger die Werke geschaffen hat, aber in der Zwischenzeit ist so viel Zu- und ausgebaut worden, dass von den ursprünglichen Werken nicht mehr viel da ist. Uebrigens hätten die Christlichsozialen in der letzten Zeit ihrer Verwaltung die städt. Werke den Banken übergeben, wenn wir nicht Einspruch erhoben hätten. (Zustimmung bei den Soz. nat. - Widerspruch bei den Chr. soz.)

Zu den im Laufe der Debatte vorgebrachten Ausführungen übergehend, bemerkt Vizebürgermeister Emmerling, dass er sich bezüglich der Vorauszahlungen an die Gas- und Elektrizitätswerke auf den Bankenscheine Darlegungen beim Rechnungsabschluss beziehen könne. Was den Koksverkauf betrifft, so hat die Kokssektion der Länderbank beweisen können, dass es weitaus zweckmässiger ist, den Verkauf nicht durch Gemeindeorgane durchführen zu lassen, weshalb der Vertrag mit der Länderbank erneuert wurde. Die Angaben des Gemeinderates Pichler über ein auffallendes Verhältnis zwischen Grundgebühren und Strombezug werde er überprüfen lassen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am

Dem Antrag auf Gewährung einer 50 prozentigen Ermässigung auf den Strassenbahnen empfiehlt er zur Ablehnung, denn es handelt sich hier um eine Wohlfahrtsangelegenheit, eventuell um eine Sache, die den Bund betrifft. Zu der Bemänglung über den Verkehr auf der Linie 2 bemerkt der Redner, dass auf dieser Linie 39 Züge in der Stunde verkehren, sodass sich Zugsintervalle von 1 1/2 Minuten oder noch weniger ergeben. Natürlich kann die Strassenbahn von den wirtschaftlichen Nöten unserer Zeit nicht unberührt bleiben. Wir haben hunderttausend Arbeitslose, was ungefähr einen Ausfall von 12 1/2 Millionen Schilling ergibt. Für den Werkstättenbetrieb waren vor drei Jahren noch 5 bis 6 Millionen eingesetzt. Bei dem Personalüberstand und der Rückgang der Frequenz mussten wir uns die Frage vorlegen, ob wir die Arbeiten an die Privatwirtschaft übergeben oder durch die eigenen Leute besorgen lassen sollen. Die Werkstätten sind modernst eingerichtet und so haben wir uns für die Aufrechthaltung des Betriebes entschieden, der uns garnicht viel Freude macht. Wir würden die Arbeit lieber der Privatindustrie übergeben, schon um dadurch einen Wettbewerb zu schaffen. Zu dem Verkehrsproblem des ersten Bezirkes bemerkt der Vizebürgermeister, dass die Nichtaufschliessung der Inneren Stadt ein verkehrstechnisches Problem geschaffen, aber auf der anderen Seite die eigenartige Schönheit dieser Stadt erhalten hat, was ^{auch} vom Standpunkt des Fremdenverkehrs einen Vorzug bedeutet. Zu dem Vorschlägen bezüglich des Linksfahrens bemerkt er, dass es ausser Oesterreich noch andere Staaten gibt, in denen links gefahren wird. Die Techniker sind sich noch nicht ganz klar darüber, ob das Rechtsfahren eine unbedingte Notwendigkeit ist. Die Umstellung zum Rechtsfahren würde der Gemeinde ungefähr 16 Millionen Schilling kosten. Was den Zonentarif betrifft, so wolle er nicht sagen, dass es unmöglich ist, eine Tarifänderung vorzunehmen, man müsste aber doch immer auf die Entfernungen und auf das Verkehrsbedürfnis Rücksicht nehmen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XÄVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am

In einer Besprechung der Ausführungen des GR. Dr. Riehl betreffend die Personalverhältnisse bei den Strassenbahnen stellt Vizebgm. Emmerling fest, dass die Wahlordnung für die Personalkommission in der Dienstordnung festgelegt ist. Von seite des Personals wurde hier keinerlei Beschwerde erhoben. In dem einen von GR. Dr. Riehl erwähnten Disziplinarfall, in dem der Betreffende von Trunkenheit ausser Dienst verurteilt wurde, liegt mit Rücksicht auf die Besonderheit des Verkehrsdienstes ein wirklich schweres Vergehen vor. Jemand, der sich ausserhalb des Dienstes so betrinkt, dass seine Standesgenossen das als Standeswidrig erklären, lässt befürchten, dass er so schwach ist, dass er sich auch während des Dienstes betrinken kann. Gerade im Verkehrsdienst muss darauf der grösste Wert gelegt werden, dass jeder einzelne Beamte sein Bestes leistet. Jemand, der trinkt, kann das nicht nicht. (Lebh. Beifall b. d. Mehrheit). Was den zweiten von GR. Dr. Riehl erwähnten Fall betrifft, wurde der Betreffende wieder aufgenommen, musste aber dann abermals entlassen werden, da er sich in den Rahmen des Dienstes nicht einfügen konnte. Zu dem Antrag Dr. Riehl betreffend die Fahrtbegünstigung für Invalide stellt Vizebgm. Emmerling fest, dass über diese Frage eine eigene Kommission entscheide, in der nicht nur die Invaliden, sondern auch Gemeinderäte aus allen Parteien vertreten sind. Die Nationalsozialisten haben in dieser Frage schon vorgearbeitet. Sie haben an die Invaliden Zettel geschickt und sie gebeten, ihnen Namen und Adresse bekanntzugeben. Dass dann alle Invaliden solche Begünstigungen in Anspruch nehmen, ist nicht zu verwundern. Vizebgm. Emmerling ersucht schliesslich die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen zu genehmigen. (Lebh. Beifall b. d. Mehrheit)

Die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen werden unter Ablehnung der Minderheitsanträge angenommen.

St. R. Dr. Danneberg referiert sodann über "Bilanz und Bedeckung".

St. R. Kunschak bemerkt, die Bilanz besagt, dass der Voranschlag mit 1'6 Millionen passiv ist. Die Bedeckung soll in den Kassenbeständen und Guthaben der Gemeinde gefunden werden. Insoferne ist Bilanz und Bedeckung ein getreues Spiegelbild dessen, was wir hier seit dem 16. November, seit dem Tage, an dem die Beratung des Budgets begonnen hat, erlebt haben. Auch die Beratung des Budgets schliesst mit einem gewaltigen Passivum ab. Durch die Budgetberatung ist gar nichts erreicht worden als die formale Feststellung, dass das, was die amtsführenden Stadträte gebraut haben, letzten Endes unverändert angenommen worden ist, ein Ergebnis, das man schon am 16. November hätte voraussagen können. Nichts destoweniger haben wir im Stadtsenat, im Finanzausschuss und im Gemeinderat versucht, durch sachliche Mitarbeit und sachlich fundierte Anträge dem Budget seine ärgsten Giftzähne auszureissen und es so zu frisieren, dass man damit unter die Menschen gehen kann. Es ist uns das nicht gelungen. Das Fallbeil hat lückenlos funktioniert. Alle Anträge wurden abgelehnt, und da zum Fallbeil auch ein Henkersknecht gehört, kann ich nur sagen, die 8 amtsführenden Stadträte haben ihre Funktion als Henkersknechte tadellos geübt. (Lebh. Beifall b. d. Chr.) Das Ergebnis dieser sehr kostspieligen und zeitraubenden Beratung ist Null, ist ein Passivum. Die Bedeckung geht auf Rechnung der spärlichen noch vorhandenen Kassenbestände unserer Wirtschaft und auf die meist eingefrorenen Guthaben unseres Wirtschaftslebens. Insoferne deckt sich also das Bild des Voranschlages, wie es in Bilanz und Bedeckung zum Ausdruck kommt, ganz mit dem Ergebnis der Budgetberatung. Wir können diese Tatsache nur mit dem Ausdruck des lebhaftesten Bedauerns konstatieren und feststellen, dass es sich bei diesen Beratungen

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII. Blatt

Wien, am

nicht darum handelt, in dieser Notzeit alle im Gemeinderat durch den Willen der Bevölkerung vorhandenen Kräfte zusammenzufassen, um aus der gemeinsamen Arbeit das Bestmögliche für die Wirtschaft herauszuholen, sondern dass es sich dabei nur darum handelt, den Willen von 8 amtsführenden Stadträten zu vernehmen, ihn zu sanktionieren und damit der Partei, der es sie angehören, die Reverenz zu machen. Es ist ganz klar, dass wir an einer solchen Kundgebung nicht teilnehmen können und dass wir daher auch Bilanz und Bedeckung unsere Zustimmung verweigern. (Lebh. Beifall b.d. Chr.)

St. R. Dr. Danneberg: St. R. Kunschak hat gemeint, es habe sich bei der Budgetberatung nur darum gehandelt, den Willen der 8 amtsführenden Stadträte hier zum Beschluss zu erheben. Das ist eine völlig irrige Anschauung. Bei der Beratung des Voranschlages handelt es sich darum- und es kommt auch durch die Abstimmungen zum Ausdruck - was die Mehrheit des Wiener Gemeinderates für den Voranschlag des kommenden Jahres wünscht, und die Mehrheit des Gemeinderates sitzt hier nicht kraft irgendeiner Minderheitsdiktatur, sondern sie ist von der Mehrheit der Wiener Bevölkerung erst im heurigen Jahre hieher entsandt worden (Lebh. Beifall b.d. Soz.) Daher scheint es mir verfehlt, die Dinge so zu beurteilen, wie es St. R. Kunschak getan hat. Wenn St. R. Kunschak weiter gemeint hat, die Anträge, die hier gestellt worden sind, hätten den Zweck gehabt, das Budget so zu frisieren, dass man damit unter die Menschen gehen kann, muss ich dazu sagen, dass ich die hier gestellten Anträge sehr genau gelesen, aber nicht gefunden habe, dass sie für das Budget und die Zahlen des Budgets das bedeuten, was St. R. Kunschak meint. Wenn aber seine Worte als eine überaus abfällige Kritik dieses Voranschlages, den die Mehrheit des Gemeinderates beschlossen hat, verstanden werden sollen, so muss ich sagen, dass ich auch diese Kritik für verfehlt halte. Die Mehrheit braucht sich nicht zu scheuen, mit diesem Budget unter die Menschen zu gehen, und es ^{warum} alle anderen Städte ⁱⁿ in Mitteleuropa froh, wenn sie heute ein solches Budget erstellen könnten (Lebh. Beifall b.d. Mehrheit).

Bilanz und Bedeckung wird angenommen.

Damit ist die Beratung des Voranschlages beendet.

Bürgermeister Seitz spricht anlässlich der Verabschiedung des Budgets unter dem lebhaften Beifall der Mehrheit dem Stadtrat Dr. Danneberg, allen seinen Mitarbeitern insbesondere dem Magistrats-Direktor Dr. Hartl, dem Obermagistratsrat Dr. Neumayer, dem Rechnungsdirektor Knobloch und dem Kontrollamtsdirektor Müllner, ferner den Stenographen, der Rathauskorrespondenz und den Vertretern der Presse den Dank des Gemeinderates aus.